Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark (monatlich 2 Mark); durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, I. Fernsprecher: 17 230. ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 3—5 Uhr. Sonnabends von 4—5 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 13 533 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 30 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 15 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 90 Goldpfennige für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil ★ Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang — Dienstag, 5. Mai 1925 — Nummer 27

Proteststreik gegen den Monarchisten

Braun geht zu Hindenburg

Berlin, 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Groß-Berliner Betriebsräte nahmen nach einem Referat von **Ruth Fischer** gegen nur eine Stimme eine Resolution an, **den Einzug Hindenburgs in Berlin mit einem 24stündigen Generalstreik** zu beantworten. Die Betriebsräte stellten noch einmal die ungeheure Schuld der SPD. fest, **die durch ihre Politik die Monarchisten wieder in den Sattel gehoben hat.** Die Resolution besagt, **nur die zwei Millionen Stimmen für Thälmann sind Stimmen gegen Hindenburg.**

Arbeiter Dresdens!

Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, nehmt sofort in den Betrieben Stellung zu dem Beschluß der Berliner Betriebsräte. Zwingt den ADGB. zur Einberufung einer Betriebsrätenversammlung. Zu dem Einmarsch des Monarchisten muß die Arbeiterschaft sprechen. Weshalb antworten eure „Führer" nicht auf den Vorschlag der Kommunisten, weshalb berufen sie jetzt nicht die Betriebsräte zusammen?

Als es galt, dem Vertreter des Klöcknerkonzerns und des Klerus, dem Zentrumsmann Marx Stimmen der Arbeiter zuzuführen, da beriefen sie die Betriebsräte zusammen, da wurden alle Funktionäre mobil gemacht. Für den Vertreter des Kapitals und der Kirche nahm man den Arbeitern ihre Zeit. Jetzt, wo es gilt, den Monarchisten die Kampfentschlossenheit der Arbeiter zu zeigen, schweigt die Gesellschaft. Arbeiter, ihr dürft nicht schweigen. Sprecht über die Vorschläge der Kommunisten in den Betrieben, beschließt Resolutionen, fordert die Abwehr des Monarchisten.

Brauns Marsch zu Hindenburg

Keine Antwort an die KPD.

Berlin, 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die kommunistische Landtagsfraktion hat am 29. April der Weimarer Koalitionsregierung 7 Forderungen vorgelegt und erklärt, daß bei Annahme derselben die Kommunisten der Regierung Braun-Severing die Gelegenheit geben, dieselben durchzuführen und innerhalb und außerhalb des Parlaments unterstützen werden. Der Parteivorstand hat nicht geantwortet. Der „Vorwärts" hat glatt abgelehnt.

Die Kommunisten erachteten zur Erleichterung des Kampfes gegen die Monarchie die Durchführung folgender Maßnahmen für erforderlich:

1. **Erlaß einer Vollamnestie,** entsprechend dem Antrag des **Abg. Pieck und Genossen** — Drucksache 157 — für **Preußen und darüber hinaus Erlaß einer allgemeinen, nach den gleichen Gesichtspunkten aufgestellten Vollamnestie im Reiche;**
2. **für alle Staatsbetriebe, auch wenn sie unter der Rechtsform von Aktiengesellschaften usw.** geführt werden, **den Achtstundentag, und, soweit Bergarbeiter und Arbeiter mit besonders schwerer oder** gesundheitsschädlicher Arbeit in Betracht **kommen, die Siebenstundenschicht ab 1. Mai 1925. Einwirkung auf die Gemeinden** zu gleichem Vorgehen und **Einwirkung mit allen Mitteln** auf die Reichsbehörden für **die allgemeine** Durchführung des starren Achtstundentages;
3. **Aufhebung der Hauszinssteuer ab 1. Mai 1925;**
4. **Aufhebung der Kasernierung und Militarisierung der Schupo;**
5. **Allgemeines Verbot, die Technische Nothilfe einzusetzen;**
6. **Beschlagnahme der in Preußen vorhandenen Vermögen aller früheren deutschen Fürsten; Ausweisung der Angehörigen deutscher Herrscherhäuser, die sich in Preußen aufhalten und Einstellung aller Zahlungen an die Hohenzollern;**
7. **Säuberung der Beamtenschaft von allen monarchistischen Elementen.**

Anstatt diesen Forderungen zuzustimmen und die Arbeiterschaft zur Durchführung derselben zu mobilisieren, verhandelten die sozialdemokratischen Führer mit den Monarchisten. Am 1. Mai trat der interfraktionelle Ausschuß der drei Weimarer Parteien zusammen, der nach einer Meldung der Telunion folgende Stellung einnahm. Man war sich darin einig, daß wenn die Regierung am Freitage ein Vertrauensvotum vorlegte, alsbald in Verhandlungen über die Frage, wie sich das Kabinett **auf eine breitere Grundlage** stellen könnte, einzutreten sei. Wie die „Vossische Zeitung" meldet, haben Braun und Severing ihren bisherigen Koalitionsparteien hoch und heilig versprochen, mit den Kommunisten weder über Stimmenthaltung, noch sonst über irgend welche anderen Regierungsfragen Abmachungen getroffen zu haben. Das bedeutet ebenfalls glatte Ablehnung der Minimalforderungen. Man sucht Anschluß bei den Volksparteilern. **Die Kommunisten werden zum Zweck des Kampfes um die sieben Forderungen die Auflösung dieses Landtages erzwingen.**

SPD.-Arbeiter! Fordert eure Führer zur Rechenschaft auf!

Von Ruth Fischer.

Die Reformisten haben alle ihre Trümpfe **ausgespielt: das** „kleinere Uebel", der Zentrumsmann **Marx, ist durchgefallen,** und nicht einmal alle **Mitglieder der SPD. haben für ihn gestimmt;** er wird mit seiner **Partei jetzt noch treuer die Hindenburgianer** unterstützen; die **Kommunisten sind nicht „zusammengebrochen"**, wie die Stampfer und **Konsorten Tag für Tag** schreiben, sondern haben **auf der ganzen Linie recht behalten,** und viele SPD.-Mitglieder **haben das bestätigt, indem sie für** die **„aussichtslose Zählkandidatur" gestimmt haben; Braun, der** Kober im ersten Wahlgang, **hängt mit seiner Regierung nur noch** vom Zentrum ab, das nicht **den geringsten Anlaß hat, ihn zu** halten, nachdem sein Marx **stellenlos geworden ist.**

Bleiben zwei faule Karten, die **die Wels und Crispien** mit lautem **Geschrei ausspielen, die Kommunisten sind an allem** schuld und — der spanische **Handelsvertrag.**

Was zunächst die letzte **alkoholische (also Wels sehr nahe**liegende) **Angelegenheit betrifft, so sollten die Blättchen der** SPD. nicht gar so laut **krächzen; denn ihre Parteigenossen haben** im Ausschuß konsequent **und zielbewußt, wie immer, sich der** Stimme enthalten und **sich erst nachher besonnen auf die Vorteile,** welche der Siemens- und der **AEG.-Konzern aus diesem** Vertrag, der einige **Tausend kleiner Weinbauern in Deutschland ruiniert, ziehen können.**

Was aber die Schuld der **Kommunisten betrifft, so rufen** wir den ehrlichen Arbeitern **der SPD. mit allem Ernst zu:** Genossen, laßt euch nicht von **gewissenlosen, mit den „demokratischen" Konzernen auf Gedeih und Verderb verbundenen, durch** tausende von **Posten, Pöstchen und Pfründen korrumpierten** Demagogen von den dringenden Kampfesaufgaben **ablenken!** Denn das allein ist der **Zweck des Geschreis ihres Parteivorstandes.**

Wir Kommunisten haben euch ein **Anerbieten gemacht. Die** Forderungen unseres „offenen **Briefes" an euch, denn an euch** Arbeiter richtete er sich, nicht an eure Führer, **und lauter selbstverständliche,** lauter **notwendige,** lauter **elementare Forderungen,** ohne deren Durchsetzung **alles Gerede über „Kampf"** gegen den Monarchismus **hohles Geschwätz bleibt.**

Eure Führer, die euch **so herrlich weit gebracht, nämlich von** den Arbeiter- und **Soldatenräten bis zur Lutherregierung und** bis Hindenburg, diese eure reformistischen Führer, **welche sieben** Jahre hindurch sich **mit der Bourgeoisie verbanden, haben vor** der Präsidentenwahl überhaupt **nicht daran gedacht, sich an die** proletarische, niemals **mit der Bourgeoisie verbunden gewesene** KPD. zu wenden. Sie glaubten im Wahlkampf besonders geistreich zu sein, wenn sie fragten, ob wir Kommunisten **denn für** Braun gestimmt hätten, wenn er **aufgestellt geblieben wäre.** Armselige, betrogene Betrüger! **Wir pflegen die Katze nicht im Sack zu kaufen, wie sie, die Realpolitiker.** Wir trauen dem Braun genau so viel oder so wenig, wie dem Wels, dem Marx, dem Winnig, dem Hindenburg. Welches Programm hatte der Braun vorzuweisen? Kein anderes als Marx. Und Marx? Kein anderes als Hindenburg.

Sind eure Führer auch auf den Gedanken **gekommen, ihre** Koalitionsgenossen **wenigstens auf das unumgänglich notwendige** Minimalprogramm zu **verpflichten, das wir euch** vorschlagen, und ohne welches nicht einmal **ein erster Schritt denkbar ist** gegen die Monarchisten. Ist ihnen nicht eingefallen: sie nannten diese selbstverständlichen Forderungen „Kampf". Kein Wunder freilich bei Leuten, welche den Hohenzollern Millionen in den Rachen werfen und die ganze Sippschaft dieser Verbrecher und Schmarotzer in Deutschland ansiedeln.

Oder haben sie gar vor der Wahl Beweise gegeben für ihre republikanische Gesinnung? Haben sie wenigstens in den Parlamenten, wo überall Mehrheiten dafür vorhanden sind, antimonarchistische Gesetze angenommen? Ist ihnen nicht eingefallen! Im Gegenteil: Sie sind in Hamburg mit den Monarchisten frisch in eine Koalition gegangen.

Diesen Leuten sollen wir trauen? Keinem einzigen von euren Führern, nicht den rechten, nicht den linken, trauen wir nur im geringsten. Worte verdienen kein Vertrauen. Nur Taten schaffen Beweise für Worte und Behauptungen.

Eben deshalb machen wir euch die Vorschläge unseres „Offenen Briefes". „Die Wels, Dittmann und Crispien nennen das eine „unsittliche Entlarvungstaktik".

Aber die Wels, Dittmann und Crispien interessieren **uns** sehr wenig. **Euch** sollten sie interessieren und euch, so müßt ihr verlangen, sollen sie Rede stehen:

Erklären sie diese Forderungen für notwendig oder nicht? Erklären sie diese Forderungen für das Mindestmaß dessen, was sofort zu geschehen hat, oder nicht?

Reichsbannerfackelzug für Hindenburg

Das „Berliner Tageblatt" vom 5. Mai schreibt über die Stellung des Reichsbanners zu Hindenburg. Nachdem Stellung gegen die Angriffe der „Kreuzzeitung" genommen wird, heißt es:

Wenn man in den leitenden Kreisen des „Reichsbanners" bisher noch keine Entscheidung getroffen haben sollte, **so könnte man aus diesem Artikel ersehen, was zu geschehen hat.** Die „Republikaner" des monarchistischen Rechtsblocks möchten am Einzugstage mit ihren Werwölfen, Wikingern und ihren anderen Knäblein die Straße allein beherrschen **und die Anwesenheit des Reichsbanners würde zwar nicht die Ruhe und** Ordnung stören, aber das Vergnügen der Hakenkreuzburschen und der sonstigen „Verfassungstreuen" würde nicht mehr vollkommen sein. Auf der Straße sollen, hofft man, an dem Tage, wo Hindenburg den Eid auf die republikanische Verfassung leistet, nur schwarz-weiß-rote Fahnen wehen. Dann merkt vielleicht die farbenfrohe Menge nicht, daß er drinnen im Reichstagsgebäude unter der „schwarz-rot-gelben" Fahne schwört."

Das „Tageblatt" fordert also das Reichsbanner auf, Hindenburg festlich zu empfangen. Das ist ihr Kampf gegen die Monarchie.

*

Hannover. Zu dem Amtsantritt Hindenburgs erklärt die **Telegraphen-Union folgendes:**

Am 7. Mai **wird die Bürgerschaft Hannovers auf Anregung der vaterländischen Verbände dem Feldmarschall eine große Ehrung in Gestalt eines Fackelzuges darstellen. Wahrscheinlich wird sich auch das Reichsbanner an dieser Kundgebung beteiligen.**

Die SPD. flaggt für Hindenburg

München. Die Parteien des Münchener Stadtrates, allein mit Ausnahme der KPD., beschlossen, daß am Tage der Vereidigung Hindenburgs die öffentlichen Gebäude flaggen und auch der Bevölkerung das Beflaggen anempfohlen wird. Die SPD. stimmte also dafür.

Die Thüringer Faschistenregierung gegen Jungspartakus

Jena, 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) **Die Regierung hat eine Verordnung erlassen, die den Schulkindern jegliche Betätigung im kommunistischen Sinne in- und außerhalb der Schule verbietet. Das bedeutet praktisch das Verbot des Jung-Spartakus-Bundes.**

Pflicht der Arbeitereltern ist es, sich gegen diese ungesetzliche und einseitige Bevormundung ihrer Kinder mit aller Entschiedenheit zur Wehr zu setzen.

Die Ruhrgeldschiebungen des Kandidaten der SPD.

Von dem Untersuchungsausschuß für die der Ruhrindustrie gezahlten Entschädigungen wurde Reichsaußenminister Dr. Stresemann vernommen. Er erklärte, daß die Verpflichtungen der Reichsregierung weit über den Charakter einer moralischen Verpflichtung hinausgingen. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß beide Parteien davon ausgegangen sind, daß das Reich eine Verpflichtung übernommen hatte, die auch unter Umständen von der anderen Seite einklagbar gewesen wäre. Stresemann gab dann eine ins Einzelne gehende teilweise vertrauliche Darstellung der Verhandlungen, die damals geführt wurden.

Am 10. April 1924 hat Reichskanzler **Marx** folgendes Schreiben an die Sechserkommission gerichtet: **„Das Reich erkennt an, daß auch die Leistungen des Ruhrbergbaues nach dem 15. April 1924 einen Teil der Entschädigungsleistungen darstellen. Das Reich wird die Zahlungen leisten, sobald Anleihemittel dazu zur Verfügung stehen."** Am 30. April ist den Ruhrindustriellen jener bekannte Betrag von Schatzanweisungen übergeben worden, um ihnen das längere Arbeiten zu ermöglichen. Zum Schluß wendet sich Stresemann gegen die Behauptung, die **sozialdemokratischen Minister** seien bei den entscheidenden Kabinettssitzungen ausgeschaltet worden.

Die Ausführungen Stresemanns **beweisen, daß die SPD.-Minister** und **Marx** den Ruhrindustriellen **Millionen Summen vertraglich zugesichert hatten, während die Proleten verhungerten.**

SLUB
Wir führen Wissen.